



klartext

**Holger Müller MdL**

Landtag Nordrhein Westfalen  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
Tel. 0211 884-2263  
Fax 0211 884-3368

Wahlkreisbüro  
Hauptstraße 164b  
51465 Bergisch Gladbach  
Tel. 02202 93695-14  
Fax 02202 93695-22

Holger.Mueller@landtag.nrw.de  
[www.klartext-mueller.de](http://www.klartext-mueller.de)



## *Gesegnete Weihnachten und alles Gute für 2010!*

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das Jahr ist in wenigen Tagen zu Ende! Das Weihnachtsfest steht vor der Tür. Wir alle gönnen uns eine Zeit der Besinnung und der Ruhe, abseits des oft hektischen Alltags, wir schöpfen mit der Familie, mit Freunden und Bekannten neue Kraft, bevor dann das neue Jahr, sogar ein neues Jahrzehnt, beginnt!

Es bleibt auch Zeit, zurückzublicken. Das Jahr 2009 war geprägt von drei Wahlkämpfen! Wir haben alle Kraft darein gesteckt und insgesamt sehr erfolgreich abgeschnitten. Allen, die dazu beigetragen haben, und allen, die uns in vielfältiger Form unterstützt haben, gebührt Dank.

Im neuen Jahr gehen die Vorbereitungen für den Landtagswahlkampf am 9. Mai 2010 in die entscheidende Phase, bevor wir nach Ostern dann wieder richtig Wahlkampf machen! Herzlich bitte ich um Ihre Unterstützung, damit wir auch nach dem 9. Mai 2010 unser schönes, liebens- und lebenswertes Land Nordrhein-Westfalen weiter regieren können. Wir dürfen NRW nicht den anderen überlassen. Dafür ist es zu wichtig. Es ist schließlich unsere Heimat!

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich schon heute gesegnete, besinnliche und ruhige Weihnachtstage und alles erdenklich Gute, vor allem beste Gesundheit, für 2010!

Mit freundlichen Grüßen



## Neuregelung des kommunalen Eigenanteils schafft Raum für Kommunen in schwieriger Haushaltslage

**Mit der Ergänzung zum Haushalt 2010 haben wir den Ausnahmekatalog zur Erbringung des kommunalen Eigenanteils erweitert. Damit öffnen wir den Städten Bergisch Gladbach und Rösrath wieder Handlungs- und Gestaltungsspielräume" so Holger Müller, Landtagsabgeordneter für Bergisch Gladbach und Rösrath.**

Kommunen ohne ausgeglichenen Haushalt und ohne genehmigtes Haushaltssicherungskonzept, wie Bergisch Gladbach, fällt die Darstellung des Eigenanteils zunehmend schwer. "Es besteht die Gefahr, dass der kommunale Eigenanteil nicht erbracht und damit förderwürdige Projekte nicht realisiert werden können", so Müller. "Daher kann die Landesförderung künftig bis zu 90 Prozent betragen. Darüber hinaus kann der verblei-

bende kommunale Eigenanteil in voller Höhe von einem Dritten erbracht werden."

Die Regelung bezieht sich auf verschiedene investive Förderbereiche. Für Bergisch Gladbach, Rösrath und die umliegenden Kommunen handelt es sich hierbei vor allem um die Förderung der Regionale 2010. Darüber hinaus gilt diese Regelung auch für weitere von der Europäischen Union mitfinanzierte Programme.

Holger Müller verweist abschließend darauf, dass Landesförderungen unabhängig von der Neuregelung weiterhin zu 100 Prozent in allen Förderbereichen im Einzelfall möglich bleiben. "Damit stärken wir die kommunale Investitionstätigkeit und es zeigt sich einmal mehr: Wir sind der verlässliche Partner der Kommunen."

## Modell für ganz NRW

### Flächendeckende Versorgung im Rheinisch-Bergischen Kreis vorbildlich für ganz NRW

Ab nächstem Jahr wird der Rheinisch-Bergische Kreis als erster Kreis in Nordrhein-Westfalen eine flächendeckende Versorgung mit sonderpädagogischen Kompetenzzentren aufweisen. Neben dem bereits bestehenden Kompetenzzentrum Pestalozzischule Wermelskirchen gehen mit der Wilhelm-Wagener-Förderschule (Bergisch Gladbach) und der Käthe-Kollwitz-Förderschule (Rösrath) auch im Südkreis zwei neue Pilotschulen an den Start. **Dieses sonderpädagogische Kompetenzzentrum ist das erste und damit bisher einmalig in NRW!**

landesweit vorbildliche Förderung von Kindern mit Behinderung anbieten. Für diese engagierte Arbeit danke ich allen beteiligten Schulen und Lehrern", so **Rainer Deppe**.

nen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sowohl innerhalb der Kompetenzzentren als auch in den mit ihnen verbundenen allgemeinen Schulen zu fördern.



**Holger Müller** betont im Hinblick darauf, dass mit den Kompetenzzentren in Rösrath und Bergisch Gladbach auch Odenthal, Kürten und Overath mitversorgt werden: „Nun steht für alle Schüler im Kreis ein Kompetenzzentrum zur Verfügung. Die Investition in die Bildung unserer Kinder ist die beste Zukunftsinvestition - und da gehören wir im RBK erneut zur Spitze in NRW.“

Ziel aller neuen Kompetenzzentren ist ein regional vernetztes Gesamtkonzept zur sonderpädagogischen Förderung, das eine fachlich abgesicherte, wohnortnahe Förderung möglich macht.

"Uns ist es gelungen, die Fachleute der Jury und des Ministeriums davon zu überzeugen, dass wir im Rheinisch-Bergischen Kreis eine

Hintergrund ist, dass die Landesregierung mit dem Schulgesetz von 2006 Schulträgern bewusst ermöglicht, ihre Förderschulen zu Kompetenzzentren für die sonderpädagogische Förderung auszubauen, um Schülerin-



## Landtag verabschiedet ein Gesetz zur Schaffung von mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen

Finanzieren sich Unternehmen der öffentlichen Hand aus öffentlichen Mitteln oder trägt die öffentliche Hand das Risiko unternehmerischen Handelns, kommt dem Informationsanspruch der Allgemeinheit ein besonderer Stellenwert zu. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen berechtigten Anspruch darauf zu erfahren, wofür die öffentlichen Gelder eingesetzt werden.

Dies gilt insbesondere auch für die Personalkosten in öffentlichen Unternehmen, also die Frage, welche Vergütungen Vorstände und Geschäftsführer sowie die Mitglieder von Aufsichtsgremien in öffentlichen Unternehmen für ihre Tätigkeit erhalten.

Derzeit besteht in Nordrhein-Westfalen für „öffentlich-rechtliche Unternehmen“, also unternehmerisch tätige rechtsfähige Anstalten, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts, überwiegend keine Verpflichtung, die Bezüge der Mitglieder ihrer Leitungsebenen und Aufsichtsgremien individualisiert auszuweisen. Entsprechendes gilt auch für privatrechtliche Gesellschaften, an denen das Land oder nordrhein-westfälische Gemeinden und Gemeindeverbände beteiligt sind, es sei denn, es bestehen bereits anderweitige bundesrechtliche Regelungen.

Mit dem Vergütungs Offenlegungsgesetz (VergütungsOG) und den Neuregelungen in der Landeshaushaltsordnung, der Gemeindeordnung und im nordrhein-westfälischen Sparkassengesetz wird dem o. g. legitimen

Informationsanspruch der Bürgerinnen und Bürger bei öffentlichen Unternehmen Rechnung getragen. Unter Berücksichtigung der Gesetzgebungskompetenz des Landes und der Systematik von Landeshaushaltsrecht und Gemeindefinanzrecht trifft das Gesetz differenzierte Regelungen auf Lan-



des- und kommunaler Ebene und berücksichtigt dabei die jeweiligen Besonderheiten „öffentlicher Unternehmen“. Landesunmittelbare und kommunale juristische Personen des öffentlichen Rechts (rechtsfähige Anstalten, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts), Landesbetriebe und Sondervermögen werden hiernach unmittelbar verpflichtet, die Bezüge der Mitglieder ihrer Geschäftsführungsorgane und Aufsichtsgremien individualisiert zu veröffentlichen. Bei Mehrheitsbeteiligungen von Land und Kommunen an Gesellschaften des privaten Rechts statuiert das Gesetz entsprechende Hinwirkungspflichten. Hinwirkungspflichten treffen auch die Träger der Sparkassen (Gemeinden und Gemeindeverbände). Das Gesetz enthält folgende Kernpunkte:

1. Land und Kommunen sind bei einer unmittelbar oder mittelbar bestehenden mehrheitlichen Beteiligung an privatrechtlichen Gesellschaften verpflichtet, auf eine individualisierte Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführungsorgane und Aufsichtsgremien im Jahresabschluss hinzuwirken. Im Bereich des Landes gilt dies auch für Vorteile, die Mitglieder von Kontrollgremien für persönlich erbrachte Leistungen (insbesondere für Beratungs- und Vermittlungsleistungen) erhalten. Eine entsprechende Hinwirkungspflicht trifft auch die Träger der Sparkassen. Bei Minderheitsbeteiligungen ab 25 vom Hundert soll auf eine individualisierte Veröffentlichung hingewirkt werden (intendiertes Ermessen).
2. Korrespondierend hierzu darf bzw. soll bereits die Gründung von und die Beteiligung des Landes und der Kommunen an einem privatrechtlichen Unternehmen nur unter der Voraussetzung erfolgen, dass die individualisierte Offenlegung der Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführungsorgane und Aufsichtsgremien gewährleistet ist.
3. Die Hinwirkungspflicht bezieht sich entsprechend auf institutionell geförderte Zuwendungsempfänger, sofern diese unternehmerisch tätig sind.



## Letzte Meldung: Landtag verabschiedet Haushalt 2010

Mit den Stimmen der Regierungskoalition aus CDU und FDP wurde der Landeshaushalt 2010 in letzter Lesung am Nachmittag des 17. Dezember 2009 (15:56 Uhr) verabschiedet. Die Eckdaten des Haushaltes finden Sie in meinem Klartext Nr. 54 vom 8. Oktober 2009 unter <http://www.klartext-mueller.de/image/inhalte/file/klartext54.pdf>

## +++ KURZMITTEILUNGEN AUS DER CDU-FRAKTION +++

- ☞ SPD und Grüne im Landtag lehnen Schuldenbremse ab
- ☞ Lehrerarbeitszeit muss verantwortungsvoll und gemeinsam überarbeitet werden
- ☞ Sprachkompetenz von Kindern: Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass Sprachförderung evaluiert und weiterentwickelt wird
- ☞ SPD versenkt das Ehrenamt
- ☞ Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie in NRW ist sachgerecht
- ☞ Kinder- und Jugendsport: Kooperationen von Schulen und Sportvereinen stärken

➔ Weitere Informationen und Hintergründe über diese Mitteilungen finden Sie auf:

<http://www.cdu-nrw-fraktion.de/index.php?id=83>

## Terminhinweis: Informationstag des Berufskolleg

Das Berufskolleg Bergisch Gladbach für Ernährung und Hauswirtschaft, Gestaltung, Sozial- und Gesundheitswesen und Technik veranstaltet am 30. Januar 2010 von 9 bis 13 Uhr einen Informationstag. Die Schule stellt sich vor und bietet zwanglose Gespräche über Möglichkeiten und Chancen. Der Eintritt ist frei! Infos im Internet auf <http://www.bkgl.de/schulleben/infotag/>

**Wann: Samstag, 30. Januar 2010, 10-13 Uhr Wo? Berufskolleg, Bensberger Str. 134-146, Bergisch Gladbach-Heidkamp**

## Im Landtag zu Besuch:

Heinz Dieter Töller aus Rösrath war der Gewinner meines Europaquiz im 50. klartext. Er war am nächsten dran am CDU-Ergebnis der Europawahl und hat mich gemeinsam mit seinem ehemaligen Arbeitskollegen Wolfgang Thiel im Landtag besucht. Dort gab es Gelegenheit für ein Foto mit Finanzminister Linsen und den Besuch der Plenardebatte.



Elternvertreter und Schüler der Otto-Hahn-Realschule Bergisch Gladbach übergaben in Düsseldorf Schulstaatssekretär Günter Winands eine Unterschriftenliste und von den Kindern selbst geschriebene Briefe zu übergeben. Ziel ist es, den beliebten Klassenlehrer der Kinder mit knapp über 40 Jahren noch zu verbeamten. Winands versprach, die Sache zu prüfen.

